

SPD demokratischer pressediens

PXXXI/33

18. Februar 1976

Die Polen warten auf Bonn

Aktueller Situationsbericht aus Warschau

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Seite 1 / 41 Zeilen

Die SPD schützt die Selbständigen

Klarstellungen zu einem unqualifizierten CDU-Angriff

Von Antje Huber MdB

Stellv. Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 2 / 39 Zeilen

SPD hat ein in sich geschlossenes Konzept vorgelegt

Die Opposition bietet zur Bundesbaugesetz-Novelle keine
Alternative

Von Erich Henke MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 37 Zeilen

An Bayerns Schulen regiert der Streß

Sozialdemokratische Opposition konfrontiert CDU-Regie-
rung mit dem Ernst der Lage

Seite 4 und 5 / 98 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Das Ausland: Kohl in der Polenvertrags-Zwickmühle

Seite 6 und 7 / 67 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heimesallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 68 846 - 48 ppbn d

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Polen warten auf Bonn

Aktueller Situationsbericht aus Warschau

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Wer, vor einer Woche in Polen angekommen, das diffamierende Zetern und verantwortungslose Kurz- und Klein-Schlagen ostpolitischer Positionen der Bundesregierung durch die Strauß, Dreggers, Carstens oder Mertens noch im Ohr hat, ist zunächst verwundert: Kaum eine politische Zeitungsmeldung, Radio-Nachricht, selten das Resümee einer Politbüro-Konferenz nehmen darauf Bezug. Neben ziemlich sachlichen Informationen über Vorgänge in der Bundesrepublik habe ich im Laufe der vergangenen Woche in Warschau keinen bösen Artikel gegen "imperialistische westdeutsche Entspannungsfeinde" o.ä. gelesen; zur Erinnerung: ganz anders, unerträglich war das noch in der '72er Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ost-Verträge durch den Bundestag gewesen!

Das allerdings heißt keineswegs, daß in Polen die schändliche CDU/CSU-Kampagne gegen das Polen-Abkommen - unter dem Motto etwa des CDU-Politikers Marx: Versöhnung ist ein Begriff der Theologie und für Politik untauglich! - nicht zur Kenntnis genommen wird. Im Gegenteil: Kaum ist man in persönlichen Gesprächen über die ersten Höflichkeitsgesten hinweg gelangt, so gibt es eigentlich nur noch ein Thema: Wie steht es um die Ratifizierung der Polenverträge? Noch scheint das Vertrauen nicht völlig erschüttert, daß die Verträge den Bundesrat passieren werden, doch sehr ernste, sehr sorgenvolle Reaktionen waren bei den Gesprächspartnern nicht zu überhören. Die negativen bilateralen und multilateralen Folgen im Falle des Scheiterns sind gar nicht abzusehen. Ob es sich bei meinen Gesprächspartnern um Politiker, allen voran den Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Kultur und Kunst, Józef Tejchma, oder um liberale Schriftsteller und Wissenschaftler oder auch um systemkritische Geistliche aus dem polnischen Episkopat handelte: Die Verträge haben für alle Gruppen den gleich hohen politischen Stellenwert, als wesentlicher, auch innenpolitisch hoch relevanter Schlußstein im Versöhnungsprozeß mit einem neuen Deutschland.

Wer vermag abzuschätzen, ob es nach einem Scheitern der Verträge weiterhin an einem Warschauer Kiosk im Zentrum die "Süddeutsche Zeitung" neben "La Stampa" oder "L'Humanité" oder "Neues Deutschland" für jedermann zu kaufen gibt, ob die zweifellos "liberale" Kulturpolitik fortgeführt wird und, vor allem, ob der bereits zügig fließende Strom der Ausreisenden wieder gestoppt wird. Viele ausreisewillige Deutsche - ich kenne solche Fälle und deren großes Leid - warten seit mehr als 15 Jahren auf einen solchen Augenblick. Dürfen wir ihnen ihre Hoffnung nehmen?!

Wollen Christdemokraten durch eine Ablehnung der Verträge den letzten Rest ihres "C"-Anspruches ruinieren?

Die Polen lassen sich nicht länger hinhalten - nicht allein angesichts der Sejm-Wahlen am 31. März dieses Jahres. In "Anstand und Würde" möchten sie ihr nationales Interesse gewahrt sehen. Die Union hat schon jetzt großen Schaden angerichtet. Er darf durch eine Ablehnung der CDU/CSU im Bundesrat nicht noch vergrößert werden; um der politischen Vernunft und um vieler Menschenschicksale willen!
(-/19.2.1976/wi/e/pr)

+ + +

Die SPD schützt die Selbständigen

Klarstellungen zu einem unqualifizierten CDU-Angriff

Von Antje Muber MdB

Stellv. Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Die SPD hatte sich vor längerer Zeit das Ziel gesetzt, Inhalt und Bedeutung ihrer Mittelstandspolitik in einem geschlossenen Text vorzutragen. Nach breiter demokratischer Diskussion, an der die SPD-Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, die SPD-Fraktion und Mitglieder des Parteivorstandes beteiligt waren, ist diese Zusammenfassung unter dem Titel "Selbständigenpolitik der SPD" Ende Januar vom Parteivorstand beschlossen worden. Darüber hinaus hat der SPD-Vorstand im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Kommission einen Ausschuß "Selbständigenpolitik" berufen. In diesem Ausschuß ist selbstverständlich auch der Vorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen vertreten, die darin eine Stärkung ihrer Arbeit, nicht etwa eine Bevormundung sieht.

MdB Egon Lammersbach, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU, hat nun den Verdacht geäußert, daß das Selbständigenpapier als Wahlkampfhilfe und der FV-Ausschuß als Kontrollinstrument für die SPD-Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen konzipiert worden sei, sozusagen zur Disziplinierung von Mittelständlern, die sich ohnedies in der SPD etwas isoliert vorkämen.

Wer den Text des sozialdemokratischen Papiers richtig liest, wird indes feststellen, daß es mit seinen Aussagen zu Wettbewerbsordnung und Unternehmensrecht, zur Struktur-, Steuer- und Forschungspolitik sowie zur Berufsbildung und sozialen Sicherung nicht auf billigen Stimmenfang aus ist, sondern Grundsätzliches klarstellen und spezielle, auch aktuelle Fragen beantworten will.

CDU-MdB Lammersbach nimmt Anstoß daran, daß die SPD sich offen erklärt für solche Selbständigen, "die mithelfen wollen, die soziale Demokratie zu verwirklichen", und ergötzt gleich, daß hier eine Unterordnung des Mittelstandes unter sozialdemokratische Lenkungs politik stattfindet. Er kann doch aber im Ernst nicht in Zweifel ziehen, daß die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen freiwillig in der SPD sind. Wären sie so unterjocht, wie Lammersbach es gern hätte, so hätte sich die AGS schon längst aufgelöst.

Es handelt sich hier im Übrigen um Menschen, die durchaus akzeptieren, daß die SPD als Volkspartei sich selbstverständlich um die Arbeitnehmer als größte Gruppe unseres Volkes kümmert. Ganz billig ist Lammersbachs Hinweis auf Stellen im "Orientierungsrahmen '85", in denen staatliche Ergänzungen und Korrekturen der Marktwirtschaft gefordert werden. Gerade der Mittelstand hat die Wachsamkeit und Hilfe des Staates nötig, damit er nicht zerrieben wird. Das Mittelstandsprogramm der SPD ist in Regierung und Partei unumstritten. Trotz Sparhaushalt sind deshalb die Finanzhilfen für die Selbständigen auch in diesem Jahr verbessert worden. (-/18.2.1976/wi/e/pr)

+ + +

SPD hat ein in sich geschlossenes Konzept vorgelegt

Die Opposition bietet zur Bundesbaugesetz-Novelle keine Alternative

Von Erich Henke MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Die Diskussion um die bevorstehende Verabschiedung der Bundesbaugesetz-Novelle konzentriert sich derzeit auf zwei Punkte: Wie praktikabel und wirksam sind die Regelungen zur Erfassung von planungs- und entwicklungsbedingten Bodenwertsteigerungen bei den unterschiedlichen Modellen von Koalition und Opposition? Was geschieht, wenn der Bundesrat den abgaberechtlichen Teil ablehnt, dem instrumentellen Teil aber zustimmt?

Eine Teilabschöpfung von planungsbedingten Wertsteigerungen ist sowohl über einen einmaligen Beitrag als auch über eine Grundsteuer möglich. Die Koalition hat sich für den Beitrag entschieden, weil jede denkbare steuerliche Lösung, wenn sie ihr Ziel erreichen soll, eine zeitnahe steuerliche Bewertung des Grundstücks voraussetzt. Diese Voraussetzung fehlt zur Zeit. Deshalb werden beim CDU/CSU-Modell auch nicht die planungsbedingten Wertsteigerungen, sondern nur die allgemeinen Wertsteigerungen erfaßt. Im Koalitionsmodell werden diese ausgeklammert, weil es im wesentlichen unechte, inflationsbedingte Wertsteigerungen sind. Der Beitrag orientiert sich am Verkehrswert, dessen Ermittlung durch die Gutachterausschüsse ohne Schwierigkeiten möglich ist.

Die Ergebnisse machen den Unterschied am deutlichsten. Beim Oppositionsmodell wird ein Mietwohngebäude mit zehn Wohnungen und 800 Quadratmeter Nutzfläche einer jährlichen Steuerbelastung von ca. 250 DM unterworfen. Nach dem Regierungsentwurf beträgt die Ausgleichsabgabe für das gleiche Haus je nach Nutzung (sozialer Wohnungsbau oder Luxuswohnungen) zwischen 20.000 und 40.000 DM. Wer also ernsthaft die Gemeinschaft an den von ihr verantworteten und mitfinanzierten Wertsteigerungen beteiligen will, müßte spätestens nach dem Ergebnisvergleich der Modelle erkennen, daß das CDU/CSU-Modell reine Augenauswischerei ist. Durch die Beschränkung der erhöhten Grundsteuer auf die Umwandlung von Grün- in Bauland, wird das Vorhaben zur Farce, denn Veränderungen in Baugebieten werden auf diese Weise überhaupt nicht erfaßt.

Die zweite Frage, ob die Novelle auch ohne die Abgaberegulungen denkbar ist, stellt sich nicht. Wenn man ein in sich geschlossenes Konzept auseinandernimmt, hat das Wirkungen auf alle Teile. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung beispielsweise hängt wesentlich vom Ausschalten der Spekulationsgefahr ab. Das ist aber nur über die Ausgleichsabgabe möglich. So hilft es denn wenig, wenn die Opposition den instrumentellen Teil lobt und isoliert verabschieden möchte. Wer den abgaberechtlichen Teil in Frage stellt, stellt das ganze Gesetz in Frage.

(-/18.2.1976/wi/e/pr)

+ + +

An Bayerns Schulen regiert der Streß

Sozialdemokratische Opposition konfrontiert CSU-Regierung
mit dem Ernst der Lage

Er werde "wegen der Noten noch durchdrehen", sagte ein dreizehnjähriger Realschüler in der Oberpfalz zu seinen Freunden: Daheim nahm er die Pistole seines Vaters und erschoss sich. Diese Tragödie, eine von vielen ähnlichen, die sich in letzter Zeit in Bayern ereigneten (nur eine Woche später meldete die Landespolizei, daß sich ein 17jähriger erschoss und ein zwölfjähriger sich erhängte, weil sie mit ihren Schulproblemen nicht fertig geworden waren), ereignete sich ausgerechnet am gleichen Tag, an dem sich zum ersten Mal ein deutsches Parlament mit dem "Leistungsdruck in der Schule", auch "Schulstreß" genannt, befaßte. Zwei Tage lang versuchte man im Bayerischen Landtag, der Frage auf den Grund zu gehen, ob "die Schule" die Schüler überfordere, und ob sie gar für die tödlichen Kurzschlußhandlungen verantwortlich gemacht werden könne. CSU und SPD hatten diese Mammutdebatte durch Große Anfragen ausgelöst.

Der Kultusminister habe, so stellte der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses, SPD-MdL Anton Hochleitner, zum Abschluß der Diskussion fest, "am wirklichen Sachverhalt vorbeigeredet, das Problem heruntergespielt und anderen die Schuld zugeschoben". CSU-Minister Prof. Maier hatte den Vorwurf, die Schule sei an den Selbstmorden von Kindern schuld, heftig zurückgewiesen ("keine Gepenater und Türken aufbauen"), eine generelle Überforderung der Schüler bestritten und den Streß als "Virus unserer Zeit, der auch vor der Schultür nicht halt macht" bezeichnet. Gleichwohl meinte der CSU-Minister, der sich dazu verstieg, die Schuld am Leistungsdruck in den Schulen des seit Jahrzehnten von der CSU regierten Landes der "von SPD und FDP ausgelösten Reformflut der letzten Jahre" zuzuschreiben, ebenso unverbindlich wie nichts-sagend, daß "bei weiteren maßvollen Reformen" in der Schule "einer weiteren Überforderung der Schüler Einhalt geboten werden" müsse.

Obwohl die Sitzung des Landtages weder eine Annäherung der Standpunkte noch Versprechungen des Kultusministers oder gar konkrete Verbesserungsvorschläge seitens der CSU-Regierung brachte, blieb die Debatte nicht wirkungslos. Nicht nur Verbände (ALLV, KEG, Philologenverband, um nur einige zu nennen) äußerten sich zu diesem Thema, auch in den Leserbriefspalten der bayerischen Zeitungen meldeten sich zwischen der Parlamentsdiskussion und dem "Schwarzen Freitag" (am 13. Februar gabs in Bayern Zeugnisse) mehr Eltern und Schüler zu Wort als jemals zuvor. Dieses ungewöhnlich starke Echo verleiht den Aktionen der bayerischen Sozialdemokraten zu diesem Problembereich besonderes Gewicht. Die Landtagsopposition will es nämlich nicht bei "Fensterreden" bewenden lassen, sondern die neuralgischen Punkte des gegenwärtigen Schulsystems ändern. Einmal fordert die SPD die Einsetzung einer unabhängigen Kommission aus Wissenschaftlern, Lehrern, Eltern, Mitgliedern der Schulverwaltungen und Politikern zur Untersuchung der Ursachen und Auswirkungen der Überbelastung von Schülern, zum anderen brachten die Kulturpolitiker der Opposition sieben weitere Anträge zu diesem Thema ein.

Dieses Antragspaket verdient deshalb besonderes Interesse, weil es - nicht nur nach Ansicht der Initiatoren - gleichzeitig eine Art Bilanz jener Mängel ist, die der bayerischen Schule im Verlaufe der Debatte vorgeworfen wurden.

1/ Die Stoffpläne aller Schulen sollen gekürzt (SPD-MdL Brunner: "40 vH des Stoffs gehört in den Papierkorb geschmissen") und gleichzeitig soll die

Zahl der Pflichtstunden für Schüler ab 1977/78 auf 30 Wochenstunden ("höchstens") herabgesetzt werden.

2/ Die Lehrer sollen auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Übung im Unterricht hingewiesen werden; diese Übung soll bei der dienstrechtlichen Beurteilung der Lehrkräfte positiv gewürdigt werden.

3/ Der Wechsel der Lehrkräfte während des Schuljahres soll so gering als möglich gehalten werden und möglichst nur zum Zeitpunkt der Ausgabe der Halbjahrszeugnisse stattfinden.

4/ Beim Übergang an weiterführende Schulen soll auf die "regionalen Probearbeiten" verzichtet werden; stattdessen sollen die Eltern mit einem kurzen Gutachten der Lehrer über die Eignung der Schüler zum Übertritt an weiterführende Schulen beraten werden; die Einführung der integrierten Orientierungsstufe sollte sobald als möglich erfolgen.

5/ Die beiden ersten Klassen der Grundschule sollen als gemeinsame Eingangsstufe angesehen, auf ziffermäßige Benotung im ersten Jahr soll verzichtet und erst nach Abschluß der Eingangsstufe über das Vorrücken entschieden werden.

6/ Es soll geprüft werden, ob auf eine ziffermäßige Benotung in den Fächern Musik, Religion, Kunst- und Turnunterricht überhaupt verzichtet werden kann.

7/ Es muß sichergestellt werden, daß die tatsächliche Studienplatzkapazität der bayerischen Universitäten voll genutzt wird; die Staatsregierung soll bei der Kultusministerkonferenz darauf hinwirken, daß auch die übrigen Bundesländer für eine volle Kapazitätsausnutzung ihrer Universitäten sorgen.

Damit, so meinen die bayerischen Sozialdemokraten, können einige der Faktoren, die die Schulkinder überfordern und nicht nur zu Selbstmorden, sondern auch zu den in letzter Zeit unproportional höheren Einweisungen in die kinder- und jugendpsychiatrische Behandlung führen, beseitigt werden. Sowohl die Fülle entbehrlichen Stoffes als auch mangelnde Übung während des Unterrichts führen dazu, daß ein Großteil der Kinder seine Hausaufgaben nicht bewältigen kann und dafür - oft auch noch erfolglos - mehr Zeit aufwenden muß, als in der allgemeinen Schulordnung dafür vorgesehen ist. "Angestschlauen" - so SPD-MdL Hochleitner - seien die Übertrittsphasen in weiterführende Schulen, die "Tortur der Notenbürokratie" sollte durch die humanere integrierte Orientierungsstufe abgelöst werden. Das meint nicht nur die SPD, auch der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat sich nach der Landtagsdebatte eindeutig dafür ausgesprochen. Die Lehrer plädieren ferner für die 30-Stunden-Woche für Schüler der fünften bis zehnten Klasse.

Dem Leistungsdruck in den Gymnasien schließlich will die bayerische SPD nicht nur mit dem Verlangen nach Ausschöpfung aller Studienplatzkapazitäten entgegenzutreten, sie möchte auch geklärt wissen, ob nicht die "Notenjagd" unnötig forciert wird. Denn, so begründete SPD-MdL Walter Dorsch seine parlamentarische Anfrage, es besteht der Verdacht, daß der bayerische Abiturnotendurchschnitt durch allzu generöse Zensurmaßstäbe einiger weniger bayerischer Gymnasien (Kerner der Materie verdächtigen hier die sogenannten "Prominenten-Internate") über Gebühr niedrig gehalten werde, so daß der Malus bei der Vergabe der Studienplätze im Vergleich zu anderen Bundesländern das Gros der bayerischen Abiturienten ungerechtfertigt treffe. Der CSU-Kultusminister verweigerte jedoch die geforderte Auskunft mit dem Hinweis auf eine mögliche "Gefährdung des Schulfriedens" bei Preisgabe des "Staatsgeheimnisses".

Die Opposition wiederholte ihre Forderung und gab Professor Maier eine einwöchige "Denkpause". Falls er im Laufe dieser Woche immer noch nicht bereit ist, die Notendurchschnitte der einzelnen Gymnasien zu offenbaren, will die SPD, wie ihr kulturpolitischer Sprecher Anton Hochleitner ankündigte, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung dieser Frage beantragen.

Ingrid Burkert
(-/16.2.1976/wi/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Das Ausland: Kohl in der Polenvertrags-Zwickmühle

1/"Financial Times"/London/18. Februar 1976

"Falls der Bundesrat die Verträge tatsächlich vom Tisch fegt, besteht die Gefahr einer Krise in den Bonner Beziehungen zu Warschau. Darüber hinaus wird die heutige CDU-Entscheidung zu Schwierigkeiten für Kohl innerhalb seiner eigenen Partei führen. Etliche CDU-Politiker befürchten, daß die Angelegenheit der Polenverträge sich im Wahlkampf als ein Bumerang erweisen könnte, wenn die Ansicht besteht, daß die Partei bei der Vereitelung der Regierungspolitik verfassungswidrig handelte. Außerdem herrscht unter gemäßigten Leuten der Verdacht, daß Dr. Kohl seine Entscheidung nicht so sehr aus Opposition gegen die Verträge traf als vielmehr, weil er noch immer befürchtet, daß er von rechts durch Franz Josef Strauß ausmanövriert wird."

2/"Salzburger Nachrichten"/18. Februar 1976

"Vor dem Regierungswechsel in Niedersachsen konnte der saarländische CDU-Ministerpräsident Röder, der keine Parlamentsmehrheit besitzt, die Abkommen unter Berufung auf sein Gewissen retten. Seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen mußte auch Ministerpräsident Albrecht (CDU) Gewissensskrupel bekunden. Dies wäre aber nach Meinung der Parteistrategen dem Angestrebten Eindruck einer geschlossenen Union abträglich. Um aus der Sackgasse herauszukommen, besteht die Opposition so hartnäckig auf Neuverhandlungen. Die CDU/CSU wäre wohl schon zufrieden, wenn es zu irgendeiner deutsch-polnischen Zusatzerklärung käme oder zu einer optischen Textveränderung. Dies würde es ihr erlauben, die Regierung der 'Vertragsschlamperei' zu bezichtigen, was allein durch die Beherrlichkeit der Opposition ohne schädliche Folgen geblieben sei. Schmidt und Genscher wissen um diese Taktik und wollen der CDU/CSU nicht aus ihrer Sackgasse heraushelfen. Wenn sie die Abkommen ablehnt, muß sie für die Konsequenzen geradestehen. Wenn sie dafür stimmt, muß sie mit Protesten ihres rechten Flügels rechnen. Kohl steckt in einer wenig beneidenswerten Situation."

3/"Der Bund"/Bern/18. Februar 1976

"Die Opposition, die in dieser Frage nie ganz einig war, glaubt, sie müsse geschlossen votieren, vor allem Franz Josef Strauß und seine Anhänger haben diesen Kurs durchgesetzt - der Druck, der von ihnen auf jene ausgeübt wird, die eventuell bereit gewesen wären, die Verträge zu retten, ist unverkennbar. Die CDU/CSU scheut inzwischen mehr und mehr den Vorwurf, sie könne sich in wichtigen außenpolitischen Fragen nicht entscheiden, ein Vorwurf, der denn erhoben würde, wenn sie im Bundesrat passieren liesse, was sie im Bundestag ablehnte. Der 'Jein-Sager-Komplex' aus dem Jahre 1972 ist in Kreisen der Opposition noch nicht überwunden."

4/"Tagesszeitung"/Zürich/18. Februar 1976

"CSU-Chef Strauß hat es gelungen, die Mehrheit der Fraktion und der Ministerpräsidenten auf ein hartes Nein zu den Verträgen festzulegen. Die Folge dieses innerparteilichen Disziplinierungsschritts auf dem Rücken ausserpolitischer Abkommen wird neben einem ausserpolitischen Scherbenhaufen aller Voraussicht nach ein erneut von der Ostpolitik bestimmter Wahlkampf sein. Kohl wird Mühe haben, sein Nein, hinter dem in Wirklichkeit der Schatten des Bayern steht, vor den Wählern mit dem möglichen Stop jeglicher Ausreise aus Polen in Übereinstimmung zu bringen."

5/"Neue Zürcher Zeitung"/18. Februar 1976

"Der ultimative Ton der Mitteilung Kohls scheint nicht viel Aussicht auf ein Durchkommen der deutsch-polnischen Abmachungen übrigzulassen, selbst wenn die Regierung bereit wäre, in Warschau nachzufragen, ob nicht zusätzliche Erleichterungen zu den vorliegenden Vertragstexten erhältlich wären - mit den massiven Forderungen der Opposition könnte sie dort niemals auftreten, wenn sich nicht ein Umschlagen des Klimas in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau riskieren will. Mitglieder der Regierung haben zudem schon früher erklärt, daß Neuverhandlungen nicht in Betracht gezogen werden."

6/"Corriere della Sera"/Mailand/18. Februar 1976

"Die Christdemokraten verlangen, daß allen Deutschen, echten oder angeblichen, die Auswanderung zugesichert wird. Das ist eine äußerst heikle Frage, und zwar erstens, weil es nicht immer leicht ist, festzustellen, wer Deutscher ist, zweitens mit den Heiraten alles noch verwirrt wird, drittens weil in diesen Leuten Erwartungen geweckt worden sind, die nicht gehalten werden können, und viertens weil man immer unterstellen kann, daß nicht allen Polen mit deutscher Herkunft die Rückkehr zugestanden worden ist. Die Forderung der Christdemokraten erscheint deshalb überzogen und unvernünftig, abgesehen von den damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Es entstehen Zweifel, ob die führenden Christdemokraten überhaupt statt den Zufluß von so vielen Deutschen zu wünschen, ihn befürchten. Diese Deutschen kann man nicht so ausbeuten wie die Türken und Tunesier. Sie belasten aber gleichermaßen den Arbeitsmarkt."
(-/18.2.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellier